

Gesundheitsreform auf der Zielgeraden



Mit der Gesundheitsreform und weiteren Gesetzgebungsinitiativen der Bundesregierung befasste sich der BLÄK-Vorstand in seiner Januar-Sitzung.

Am 27. Januar 2007 tagte der Vorstand der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) zum 22. Mal in der laufenden Amtsperiode. Das waren die Themen: Die aktuelle Gesundheitsreform, weitere Gesetzgebungsinitiativen der Bundesregierung, Nicht-raucherschutz und der bevorstehende 63. Bayerische bzw. 110. Deutsche Ärztetag.

„Die Beratungen zum GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) befinden sich auf der Zielgeraden“, eröffnete Dr. H. Hellmut Koch, Präsident der BLÄK seinen Bericht. Nachdem der Bundesrat im Dezember 2006 in erster Lesung über hundert Änderungsanträge beschlossen hatte, fanden Mitte/Ende Januar die abschließenden Abstimmungen der Regierungsfractionen zu Änderungsanträgen des Bundestages statt. Eine Vielzahl von Änderungsanträgen wurde bereits im Gesundheitsausschuss beraten, insbesondere die Neuregelungen zur Privaten Krankenversicherung (PKV) und der Sanierungsbeitrag der Krankenhäuser. Im Streit um den PKV-Basistarif verständigten sich die Koalitionäre auf eine gemeinsame Po-

sition, dass der Zugang zum Basistarif stärker eingeschränkt werde und „Bestandsversicherte“ nur binnen sechs Monaten nach Einführung des Basistarifs am 1. Januar 2009 in den neuen Tarif wechseln können. Die Vergütung solle nach der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) erfolgen. Die Details lägen allerdings derzeit noch nicht vor. Ferner wurde eine allgemeine Krankenversicherungspflicht beschlossen. Wie diese ausgestaltet sein werde und welche Sanktionen Nicht-Versicherte erwarten, stehe auch noch nicht fest. Die Verabschiedung des GKV-WSG sei für Mitte Februar geplant. Der Präsident informierte über weitere Gesetzgebungsinitiativen der Bundesregierung, wie etwa über das Gewebegesetz, die Reform des Versicherungsvertragsrechts oder das Gesetz zur Gründung eines Deutschen Ethikrats, die sich alle im parlamentarischen Verfahren befinden. Zum Nichtraucherschutz sagte Koch, dass die Landesregierungen unter Zugzwang stünden, Regelungen für den Nichtraucherschutz in Gaststätten zu treffen. Derzeit tage eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Da jedoch die Auffassungen der Landesregierungen, wie ein Nichtraucherschutz gewährleistet werden könnte, sich sehr stark voneinander unterscheiden, drohten einige Landesregierungen nun landesspezifische Alleingänge an.

Ein Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber konnte gemeinsam mit den Repräsentanten des Verbandes Freier Berufe noch vor Weihnachten wahrgenommen werden. Im Januar traf sich das Präsidium der BLÄK zu einem Gedankenaustausch mit dem Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB). Abschließend zog der Präsident eine recht positive Bilanz des 57. Nürnberger Fortbildungskongresses 2006, der über 2500 Teilnehmer zählen konnte.

Nichtraucherschutz

Vizepräsident Dr. Max Kaplan, berichtete aus der Sitzung des Deutschen Senats für ärztliche Fortbildung, der sich unter anderem mit der Punktevergabe in Printmedien befasste. Um eine Bundeseinheitlichkeit und somit gleiche Wettbewerbschancen für die Verlage sicherzustellen, werde man sich an die Bundesärztekammer (BÄK) mit der Bitte um Koordination wenden. Kaplan unterrichtete über zwei Expertengespräche, die sich mit den Themen „Geriatric“ und „Palliativmedizin“ im Baye-

rischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen befassten. „Bayern bewegt sich“ laute das Motto der Präventionskampagne, das die BLÄK 2007 gemeinsam mit den Ärztlichen Kreis- und Bezirksverbänden realisieren möchte. Bewusst bliebe sowohl die Thematik als auch der Aktionsrahmen sehr weit gefasst, sodass jeder Ärztliche Kreisverband und jeder Ärztliche Bezirksverband eigene Initiativen starten könne. Aus einem Gespräch mit Gesundheitsminister Dr. Werner Schnappauf und Vertretern des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes berichtete Kaplan von den bayerischen Plänen in Sachen „Rauchen“. „Wir waren uns über das Ende der Freiwilligkeit beim Nichtraucherschutz einig“, sagte Kaplan. Unter dem Motto „Menschen für Gesundheit – die Gesundheitsberufe“ fand Ende November 2006 eine Veranstaltung zum Weltgesundheitstag im Ärztehaus Bayern statt. Mitveranstalter waren die Landeszentrale für Gesundheit und das Gesundheitsministerium.

GOÄ/PKV

Vizepräsident Dr. Klaus Ottmann eröffnete seinen Bericht über die Beratungen des Ausschusses „Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ)“ der BÄK. Hier werde eine neue Vergütungsstruktur in Abstimmung mit den Fachverbänden entwickelt. Ottmann berichtete weiter über die Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung privatärztlicher Leistungen“ der BÄK und über ein Gespräch mit dem Vorstand der KVB zum gleichen Thema. Des Weiteren zeichne sich bei der Qualitätssicherung im stationären Bereich eine „gewisse Zentralisierungstendenz“ ab. So sollen künftig laut GKV-WSG die Landesgeschäftsstellen von der Bundesebene finanziert werden, was einem „Durchregieren“ des BMG über den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) und einem Herausdrängen der Selbstverwaltung gleichkomme. Außerdem berichtete Ottmann über die 24. Münchner Konferenz für Qualitätssicherung Geburtshilfe/Neonatalogie/Operative Gynäkologie. Zu der traditionsreichen Veranstaltung luden auch 2006 die BLÄK und die Bundesgeschäftsstelle Qualitätssicherung (BQS) ins Ärztehaus Bayern ein.

Bezüglich des GKV-WSG in Sachen Basistarif wurde von Ottmann eine Initiative der BÄK erläutert, den Sicherstellungsauftrag für die Versorgung der Basistarifpatienten unbedingt

Beantragte Weiterbildungsbefugnisse 2007	bis Januar 2007	
Allgemeinmedizin/Sektor der ambulanten hausärztlichen Versorgung	27	2
Gebiete	84	6
Fakultative Weiterbildungen	–	–
Fachkunden	–	–
Schwerpunkte	7	1
Zusatz-Weiterbildungen	20	–
Anträge insgesamt	138	9
Überprüfungen	48	1

Tabelle: Weiterbildungsbefugnisse. Voll/teilweise entsprochen (li.), abgelehnt/zurückgestellt (re.).

bei den Kammern anzusiedeln. Eine Rahmenvereinbarung auf Bundesebene mit der PKV soll versucht werden. Es werde als „glatter Systemfehler“ angesehen, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen – weder zuständig für die GOÄ noch für die PKV – den Sicherstellungsauftrag vom Gesetzgeber zugeordnet erhalten soll.

Ärztetage

Nach den Berichten des Präsidiums kam es immer wieder zu engagierten Diskussionen im Vorstand zu Teilaspekten des GKV-WSG und des Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes (VÄndG). Koch und Ottmann erläuterten einige strittige Fragen des PKV-Basistarifs bzw. PKV-Standardtarifs und wie sich Union und SPD im Januar auf eine gemeinsame Position verständigen konnten. Die Vergütung solle hier künftig nach GOÄ erfolgen, „sofern vertraglich keine andere Vereinbarung getroffen wird“. Einige Vorstandsmitglieder berichteten von neuen Strukturen in der vertragsärztlichen Versorgung bzw. neuen Versorgungsformen, die sich in Bayern etablierten. Hier entstünden oftmals „Fragen zur Weiterbildung“ und auch „Fragen zur Liquidationsberechtigung“.

Anschließend wurde die Tagesordnung des 63. Bayerischen Ärztetages, der am 28. April in Nürnberg stattfindet, beschlossen, auf dem es um die Punkte „Änderung der Weiterbildungsordnung“, „Änderung der Berufsordnung“, „Änderung der Satzung“, „Änderung der Gebührensatzung“ und „Änderung der Meldeord-

nung“ gehen wird. Außerdem werden sich die Delegierten mit den Themen des dann unmittelbar bevorstehenden 110. Deutschen Ärztetages sowie mit der aktuellen gesundheitspolitischen Lage befassen. Für die im Herbst 2007 anstehenden Wahlen der Delegierten zur BLÄK wurden Rechtesreferent Peter Kalb zum Landeswahlleiter sowie Dr. Heinz-Günter Jäckle,

Professor Dr. Bernd Rainer Stübinger, Dr. Gerhard Völlinger und Dr. Heide Wenzl als Wahlausschussmitglieder bestellt.

Weiterbildung

Zur Thematik „Angelegenheiten der ärztlichen Weiterbildung“ – Listen weiterbildungsbefugter Ärzte in Bayern – lagen insgesamt 147 Neuanträge und Anträge auf Erweiterung vor.

Davon wurde 138 Anträgen voll oder teilweise entsprochen. Neun Anträge wurden abgelehnt.

Es lagen weiterhin insgesamt 49 Überprüfungen zur Entscheidung vor, wobei 48 Überprüfungen von Weiterbildungsbefugnissen im Hinblick auf die neue Weiterbildungsordnung für die Ärzte Bayerns vom 24. April 2004 erfolgten. Von den 49 Überprüfungen wurden 48 voll oder teilweise entsprochen. Eine Überprüfung erfolgte im Hinblick auf die Weiterbildungsordnung von 1993, diese Befugnis wurde reduziert (siehe Tabelle).

Dagmar Nedbal (BLÄK)

Anzeige



KORTE

RECHTSANWÄLTE

Prof. Dr. Niels Korte**
Marian Lamprecht*
Konstanze Herr*

Absage durch Hochschule oder ZVS? – Klagen Sie einen Studienplatz ein!

Wir haben seit 1998 zahlreiche Mandate im Bereich Hochschulrecht erfolgreich betreut. Unsere Kanzlei* liegt direkt an der Humboldt-Universität. Prof. Dr. Niels Korte lehrt selbst an einer Berliner Hochschule.

Entfernung spielt keine Rolle – wir werden bundesweit für Sie tätig.

*Unter den Linden 12
10117 Berlin-Mitte

**Rudower Chaussee 12
12489 Berlin-Adlershof

24-Stunden-Hotline:
030-226 79 226
www.studienplatzklagen.com

www.anwalt.info
Fax 030-226 79 661
kanzlei@anwalt.info